



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Postfach 2024, D37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 499060  
Fax: +49 551 58028  
Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)  
EMail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

## **SKLAVEREI IN MAURETANIEN: Die „ROADMAP ZUR BEKÄMPFUNG DER FOLGEN DER SKLAVEREI“ wird nicht überzeugend umgesetzt**

Mauretaniens Regierung hat am 6. März 2014 eine „Roadmap zur Bekämpfung der Folgen der Sklaverei“ veröffentlicht. Zwei Jahre nach der Verabschiedung der von der internationalen Staatengemeinschaft begrüßten Roadmap wird in diesem Report untersucht, inwieweit die geplanten Vorhaben tatsächlich auch erfolgreich umgesetzt wurden. Die Roadmap umfasst 29 Punkte, die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen beschreiben, um die Auswirkungen der Sklaverei zu bekämpfen.

Die UN-Sonderberichterstatterin zur Bekämpfung der Sklaverei hatte der mauretanischen Regierung im August 2010 Empfehlungen zur Bekämpfung der modernen Formen der Sklaverei übermittelt. Als Reaktion darauf hat die Regierung am 6. März 2014 die „Roadmap zur Bekämpfung der Folgen der Sklaverei“ veröffentlicht. Zurzeit wird vom UN-Menschenrechtsrat die Lage der Menschenrechte in Mauretanien im Rahmen des UPR-Verfahrens (Universal Periodic Review) erneut umfassend untersucht. Am 16. März 2016 werden die Ergebnisse dieser Überprüfung im UN-Menschenrechtsrat in Genf vorgestellt. Wir halten es daher für besonders wichtig, im Vorfeld dieser Beratungen nach zwei Jahren Roadmap Bilanz zu ziehen und die Umsetzung der von der mauretanischen Regierung angekündigten Initiativen zu untersuchen.

Die Sklaverei wurde in Mauretanien offiziell im Jahr 1981 abgeschafft, jedoch existiert sie bis heute. Unter ihr leiden zumeist die Haratin, so werden die Nachfahren von Sklaven genannt. Der Status als „Sklave“ wird von der Mutter auf ihr Kind übertragen.

Der mauretanische Staat hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Sklaverei zu beseitigen. Diese bringen jedoch nicht den gewünschten Effekt. Zwar hat Mauretanien alle internationalen Menschenrechtsabkommen, die Sklaverei verbieten, unterzeichnet. Doch in diesem Report wird dokumentiert, dass es immer neue Fälle von Sklaverei gibt. Im Jahre 2007 hat das Land das Gesetz 2007-048 verabschiedet, das Sklaverei unter Strafe stellt. Die Nichtregierungsorganisation „Walk Free“ warf Mauretanien im Jahr 2014 vor, mit 4 Prozent

der Bevölkerung den höchsten Prozentsatz an Sklaven weltweit zu besitzen. Andere Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass rund 20 Prozent der Bevölkerung noch heute Sklaven sind. Die unterschiedlichen Zahlenangaben sind darauf zurückzuführen, dass der Staat bis heute das Fortbestehen der Sklaverei leugnet und somit keine umfassenden unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchungen zum Ausmaß der Sklaverei durchgeführt werden können.

Die Roadmap sieht viele sinnvolle Initiativen zur Bekämpfung der Folgen der Sklaverei vor, doch die meisten Vorhaben wurden nicht oder nicht überzeugend umgesetzt. So liegt der Verdacht nahe, daß die Roadmap nur verabschiedet wurde, um die internationale Öffentlichkeit und Staatengemeinschaft zu beruhigen, die immer wieder ihre große Besorgnis über das Andauern der Sklaverei äußert.

So wurde zwar mit einiger Verspätung am 13. August 2015 ein neues Gesetz verabschiedet, um den Schutz von Sklaven zu verbessern und die Strafverfolgung von Sklavenhaltern zu erleichtern. Das neue Gesetz aktualisiert und erweitert die Definition der Sklaverei und ermöglicht Nichtregierungsorganisationen, die seit mehr als fünf Jahren offiziell von den Behörden anerkannt sind, als Nebenkläger in Sklaverei-Verfahren aufzutreten. Doch was helfen die besten Gesetze, wenn sie im Alltag nicht angewandt werden.

Gerade bei der Strafverfolgung von Sklavenhaltern gibt es auch neun Jahre nach der Einführung der Strafbestimmungen in Mauretanien enorme Probleme. Denn trotz der harschen gesetzlichen Strafbestimmungen nehmen die meisten der wenigen eingeleiteten Strafverfahren einen anderen Lauf. So stufen die Untersuchungsrichter die meisten Fälle trotz seit der Geburt bestehender Sklaverei als minder schwere Fälle ein, so dass entweder gar kein Urteil ergeht oder sehr milde Strafen verhängt werden. Seit der Verkündung des Anti-Sklaverei-Gesetzes 2007-048 vor neun Jahren sind überhaupt nur zwei Gerichtsverfahren wegen Sklaverei eröffnet worden. Die der Sklaverei Beschuldigten verbrachten nur wenige Wochen in Haft. Für heutige und ehemalige Sklaven entsteht dabei der Eindruck permanenter Straflosigkeit für Sklavenhalter trotz der Einführung neuer gesetzlicher Regeln.

Ehemalige Sklaven beklagen nicht nur die Straflosigkeit, sondern auch den Mangel an sozialer, wirtschaftlicher und ausbildungsmäßiger Unterstützung durch die Behörden. Dabei wurde aufgrund der Roadmap die Agentur TADAMOUN gegründet, um ehemalige Sklaven gezielt zu unterstützen und ihre Eingliederung in Gesellschaft und Wirtschaftsleben zu erleichtern. Doch die Agentur macht nur Projekte zur Armutsbekämpfung allgemein und nicht zur gezielten Förderung ehemaliger Sklaven bei der Bewältigung ihrer ganz spezifischen Probleme. Der Staat Mauretaniens hilft weder den Kindern, die Opfer der Sklaverei waren, zur Schule zu gehen, noch den ehemaligen Sklaven den Zugang zur Gesellschaft zu erleichtern, sodass diese arbeiten können. Die in den letzten Jahren eingeleitete Privatisierung vieler Schulen erschwert nochmals für frühere Sklaven den Zugang zu Bildungseinrichtungen. Die Agentur TADAMOUN entwickelt keine nachhaltigen Projekte, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit früherer Sklaven zu ermöglichen oder dauerhaft zu gewährleisten.

Der Bau dutzender neuer Moscheen, der von der Regierung als erfolgreiche Umsetzung der Roadmap präsentiert wird, ist kein nachhaltiger Beitrag zur Förderung von Bildung und sozialem Status.

Trotz Ankündigungen in der Roadmap wurden keine Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung und Ausgrenzung von Haratin ergriffen. Auch gibt es keine speziellen Förderprogramme, um zu gewährleisten, dass ehemalige Sklaven leichter Anstellung bei Behörden, Armee oder bei Banken und Medien finden. In allen diesen für die Entwicklung von Staat und Zivilgesellschaft entscheidenden Bereichen sind Haratin trotz anderslautender Ankündigungen in der Roadmap noch immer im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vollkommen untervertreten. Selbst freien Radiostationen mit Programmen, die vor allem für Haratin und andere schwarzafrikanische Hörerinnen und Hörer produzieren wollen, verweigert man immer wieder Sendelizenzen.

Zwar hebt die Roadmap die schwierige Lage der Frauen besonders hervor, doch in den letzten zwei Jahren wurden keine nachhaltigen Aktivitäten entwickelt, um die Situation von Haratin-Frauen zu verbessern. Als im Jahr 2015 bekannt wurde, dass hunderte Haratin-Frauen unter falschen Versprechungen von Arbeitsverträgen nach Saudi-Arabien gelockt wurden, um dort als Haus-Sklaven zu arbeiten, versuchten die Behörden zunächst diesen Skandal zu vertuschen. Erst als die öffentlichen Proteste mauretanischer Nichtregierungsorganisationen zu lautstark und groß wurden, um sie länger zu leugnen, gingen die Behörden dem Fall nach und ermöglichten die Rückkehr vieler Frauen. Doch juristische Unterstützung erhielten diese Opfer des Menschenhandels nicht bei ihren Bemühungen, sich gegen die Eigentumsansprüche zu wehren, die von ihren saudi-arabischen Sklavenhaltern geltend gemacht wurden. Auch gab es keine juristische, medizinische, psychologische und soziale Hilfe für die vielen in Mauretania während der Sklaverei vergewaltigten Frauen. Wenn sie vor Gericht Klage erheben, wird ihnen Ehebruch vorgeworfen, der hart bestraft wird.

Die in der Roadmap vorgesehenen Aufklärungsprogramme fanden entweder nicht statt oder verfehlten ihr Ziel, eine breite Öffentlichkeit über die Sklaverei und Haratin über ihre Rechte zu informieren. Denn die wenigen tatsächlich organisierten Sendungen erreichten nicht ihr Publikum, da die Medien oder die Sprache falsch gewählt wurden und so Haratin gar nicht erreichten. Zwar wurde der 6. März zum Tag gegen Sklaverei erklärt, doch die auf diesen Tag konzentrierten Aktivitäten reichten bei weitem nicht, um wirksam Aufklärungsarbeit zu betreiben. Auch wurden Selbsthilfeorganisationen der Haratin bei dieser Aufklärungs- und Informationsarbeit meist nicht berücksichtigt, obwohl sie am besten die Anliegen und Nöte der Betroffenen kennen. Nur diese Organisationen können aufgrund ihrer alltäglichen Arbeit glaubwürdig über die noch bestehenden Herausforderungen im Kampf gegen Sklaverei informieren.

Schließlich werden auch die Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich engagiert für Menschenrechte und ein Ende der Sklaverei einsetzen, nicht vom Staat unterstützt. Der

Menschenrechtsorganisation IRA-Mauritanie wird seit vier Jahren von den Behörden die offizielle Anerkennung als Nichtregierungsorganisation verweigert, weil sie in der Öffentlichkeit zu viel Aufmerksamkeit für das Sklaverei-Problem erzeugte. Das massive Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrationen von Sklaverei-Kritikern und die Inhaftierung und Verurteilung von Biram Dah Abeid (Präsident von IRA-Mauritanie) sowie von Birahim Bilal Ramdane (Vizepräsident von IRA-Mauritanie) und Djiby Sow (Präsident von Kawtal) im Dezember 2014 / Januar 2015 sind ein Beweis dafür. Die Verhaftungen von Anhängern der Festgenommenen, die sich für deren Freilassung einsetzten, zeigen, dass der Staat Sklaverei-Kritiker um jeden Preis mundtot machen will.

Die Roadmap umschreibt viele Probleme und gibt wichtige Impulse im Kampf gegen Sklaverei, wird aber leider bislang vollkommen unzureichend umgesetzt. Auch ist dringend mehr Transparenz bei der Arbeit des Staates und seiner Institutionen, wie der Agentur TADAMOUN, im Kampf gegen Sklaverei notwendig. Nur so können sich auch die Betroffenen wirksam bei dieser Arbeit einbringen und können gemeinsam neue Projekte entwickelt werden, die nicht nur der Armutsbekämpfung dienen, sondern die besonderen Bedürfnisse der Haratin berücksichtigen. Auch sollte der Staat Mauretanien endlich einräumen, daß Sklaverei noch immer fortbesteht. Nur auf der Basis einer solchen realistischen Einschätzung der tatsächlichen Lage können zielführende und wirkungsvolle Initiativen zur Bekämpfung der Sklaverei entwickelt werden.